

Entwicklung der in Industriestaaten gestellten Asylanträge

Quelle:

Presseausendung UNHCR vom 18.3.2008

UNHCR-Medieninfo

www.unhcr.at

Erstmals seit fünf Jahren steigt die Zahl neuer Asylanträge in den Industriestaaten wieder. Dies geht aus der UNHCR-Asylstatistik für 2007 hervor. In 43 Industrienationen weist sie mit 338.000 Anträgen einen Zuwachs von zehn Prozent aus – rund 32.000 Ansuchen mehr als beim 20-Jahrestief im Jahr 2006. Der Hauptgrund für den Anstieg dürfte in der stark steigenden Zahl von Asylwerbern aus dem Irak liegen.

Nimmt man nur die EU-Staaten, zeigt sich ein ähnlicher Trend: 223.000 Asylanträge insgesamt im Vorjahr sind elf Prozent mehr als 2006 (201.000). In Binnenländern wie Deutschland und Österreich (11.900 Anträge) gab es dennoch den gewohnten Rückgang (um neun bzw. elf Prozent), während Staaten am Rand der Union überdurchschnittlich mehr neue Asylanträge verzeichneten: Griechenland um 105 Prozent mehr, Polen und Ungarn um 61 Prozent sowie Schweden um 50 Prozent (auf 36.200 Anträge).

Österreichs Anteil an den Asylanträgen in allen Industriestaaten stagniert bei vier Prozent, vergleichbar etwa mit Belgien. Macht Rang neun für Österreich und Rang zehn für Belgien. Die meisten Asylanträge verzeichneten die USA, gefolgt von Schweden und Frankreich.

Die zahlenmäßig größte Gruppe der Asylsuchenden in Industriestaaten kam aus dem Irak: 45.200 Anträge im Vorjahr (davon 463 in Österreich) sind rund doppelt so viele wie 2006 (22.900, davon 380 in Österreich). „Doppelt so viele neue Asylwerber aus dem Irak muss zu doppelt so vielen Anstrengungen führen, den Flüchtlingen vor Ort zu helfen. Denn dort leben 100 Mal mehr Irak-Vertriebene“, sagt UNHCR-Sprecher Roland Schönbauer mit Blick auf die 2,5 Millionen Binnenvertriebenen im Irak und weiteren zwei Millionen Flüchtlingen in Nachbarländern wie Syrien und Jordanien, die nicht in der Industrieländer-Statistik inkludiert sind.

Zweitwichtigste Nationalität in Industriestaaten (und wichtigste in Österreich) war 2007 die Russische Föderation (18.800 Anträge, davon 2400 in Österreich), gefolgt von China (17.100) und Serbien (15.400). Mit 14.300 Anträgen zeigten Pakistanis eine stark steigende Tendenz (plus 87 Prozent), auch Anträge von Menschen aus Syrien und Somalia stiegen an (um 47 bzw. 43 Prozent).